

WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 4173

[C - 2008/00951]

2 JULI 2008. — Koninklijk besluit betreffende de aangiften van de plaatsing en het gebruik van bewakingscamera's. — Duitse vertaling

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 2 juli 2008 betreffende de aangiften van de plaatsing en het gebruik van bewakingscamera's (*Belgisch Staatsblad* van 15 juli 2008).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centraledienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 4173

[C - 2008/00951]

2 JUILLET 2008. — Arrêté royal relatif aux déclarations d'installation et d'utilisation de caméras de surveillance. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 2 juillet 2008 relatif aux déclarations d'installation et d'utilisation de caméras de surveillance (*Moniteur belge* du 15 juillet 2008).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2008 — 4173

[C - 2008/00951]

2. JULI 2008 — Königlicher Erlass über die Meldungen der Installation und des Einsatzes von Überwachungskameras — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 2. Juli 2008 über die Meldungen der Installation und des Einsatzes von Überwachungskameras.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

2. JULI 2008 — Königlicher Erlass über die Meldungen der Installation und des Einsatzes von Überwachungskameras

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Artikels 108 der Verfassung;

Aufgrund des Gesetzes vom 21. März 2007 zur Regelung der Installation und des Einsatzes von Überwachungskameras, insbesondere der Artikel 2 Nr. 1 bis 3, 5 § 3 Absatz 2, 6 § 2 Absatz 2 und 7 § 2 Absatz 2;

In der Erwägung, dass das Gesetz vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten zur Anwendung kommt;

Aufgrund der Stellungnahme des Bürgermeisterbeirats vom 6. Februar 2008;

Aufgrund der Stellungnahme Nr. 07/2008 des Ausschusses für den Schutz des Privatlebens vom 27. Februar 2008;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 44.417/2 des Staatsrates vom 19. Mai 2008, abgegeben in Anwendung des Artikels 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat, ersetzt durch das Gesetz vom 2. April 2003;

Auf Vorschlag Unseres Ministers des Innern

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. "Gesetz vom 8. Dezember 1992": das Gesetz vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten,

2. "Gesetz": das Gesetz vom 21. März 2007 zur Regelung der Installation und des Einsatzes von Überwachungskameras,

3. "Ausschuss": den Ausschuss für den Schutz des Privatlebens, wie im Gesetz vom 8. Dezember 1992 erwähnt,

4. Meldung: die vom Verantwortlichen für die Verarbeitung vorgenommene Mitteilung über die Installation und den Einsatz von Überwachungskameras nach den Modalitäten, die je nach Fall in Artikel 5 § 3 Absatz 2, Artikel 6 § 2 Absatz 2 oder Artikel 7 § 2 Absatz 2 des Gesetzes vorgeschrieben sind,

5. "E-Schalter": das elektronische System zur Registrierung der Meldungen einer Verarbeitung personenbezogener Daten, das vom Ausschuss verwaltet und auf seiner Website zur Verfügung gestellt wird,

6. "Überwachungssystem": das System, bei dem Überwachungskameras installiert und eingesetzt werden, wie in Artikel 3 des Gesetzes erwähnt, einschließlich der Ansicht und der Verarbeitung der Bilder,

7. "Betriebssystem": das Überwachungssystem, bei dem eine oder mehrere Kameras in einem geschlossenen Kreislauf mit einer oder mehreren Zentralen verbunden sind,

8. "Zentrale": den Ort, an dem die Bilder angesehen werden und an dem sie gegebenenfalls aufbewahrt werden,

9. "Gelände": die Bestimmung der Herkunft der Daten durch Beschreibung der Fläche, über die sich das Überwachungssystem erstreckt,

10. "Standort": Identifizierung, auf dem Gelände, der Installationspunkte, wo die Überwachungskameras installiert werden.

Art. 2 - Die Meldung der Installation und des Einsatzes eines Überwachungssystems erfolgt elektronisch über den E-Schalter des Ausschusses.

Zu diesem Zweck stellt der Ausschuss thematische Meldeformulare, "Kameraüberwachung - Überwachung und Kontrolle" genannt, zur Verfügung.

Mit der Meldung über den E-Schalter wird die Mitteilungspflicht dem Ausschuss gegenüber und, in Bezug auf geschlossene Orte, dem Korpschef der zuständigen Polizeizone gegenüber erfüllt. Der Ausschuss sorgt dafür, dass die Mitteilung an Letzteren erfolgt.

Art. 3 - Es wird ein thematisches Meldeformular für Überwachungssysteme erstellt, die "nicht geschlossene Orte" betreffen.

Es wird ein thematisches Meldeformular für Überwachungssysteme erstellt, die "geschlossene Orte" betreffen. In diesem Formular wird differenziert, je nachdem, ob der Ort der Öffentlichkeit zugänglich ist oder nicht.

Art. 4 - § 1 - Zur Beurteilung des geschlossenen oder nicht geschlossenen Charakters eines Ortes muss die Umfriedung mindestens aus einer rechtmäßig angebrachten visuellen Abgrenzung oder einem Hinweis, durch den die Orte voneinander unterschieden werden können, bestehen.

§ 2 - Wenn das Überwachungssystem gleichzeitig verschiedenartige Orte betrifft und die Verarbeitung der Daten über ein selbes Betriebssystem geschieht, erfolgt die Meldung wie folgt:

1. wenn das Betriebssystem einen oder mehrere nicht geschlossene Orte und einen oder mehrere geschlossene Orte betrifft, anhand einer Meldung für einen nicht geschlossenen Ort,

2. wenn das Betriebssystem einen oder mehrere der Öffentlichkeit zugängliche geschlossene Orte und einen oder mehrere der Öffentlichkeit nicht zugängliche geschlossene Orte betrifft, anhand einer Meldung für einen der Öffentlichkeit zugänglichen geschlossenen Ort.

§ 3 - Für die Meldung wird davon ausgegangen, dass die wichtigsten Zugangsräume zu einem geschlossenen Ort, ob der Öffentlichkeit zugänglich oder nicht, den gleichen Status wie der geschlossene Ort selbst haben.

Art. 5 - Die Meldung erfolgt pro Ort, auf den sich das Betriebssystem bezieht.

Wenn das Überwachungssystem ein Gelände betrifft, das sich über ein Gebiet erstreckt, das geschlossene Orte betrifft, die durch einen nicht geschlossenen Ort unterbrochen sind, muss für jeden geschlossenen Ort eine getrennte Meldung erfolgen, selbst wenn die Verarbeitung der Daten über ein Betriebssystem geschieht.

Art. 6 - § 1 - Jede Meldung enthält die Angabe des Geländes und des Standorts, über die sich das Betriebssystem erstreckt, sowie des Ortes, an dem die Verarbeitung stattfindet.

Die Angabe des Geländes erfolgt durch Vermerk des Namens der Gemeinde und, in Bezug auf geschlossene Orte, die Adresse des Ortes.

Die Angabe des Standorts erfolgt durch Vermerk:

1. für nicht geschlossene Orte, der Aufzählung der Straßen und/oder Plätze, über die sich das Betriebssystem erstreckt,

2. für geschlossene Orte, des Umstands, ob das Betriebssystem sich nur über die Fläche innerhalb des Geländes erstreckt oder ob es sich auch über die äußere Abgrenzung des Geländes erstreckt,

3. wenn das in Nr. 2 erwähnte Betriebssystem sich auch über die Abgrenzung erstreckt, der Aufzählung der Straßen und/oder Plätze, an die der Standort angrenzt, sofern eine oder mehrere Kameras dort installiert sind.

Die Angabe, des Orts, an dem die Verarbeitung stattfindet, erfolgt durch Vermerk der Adresse der Zentrale oder der verschiedenen Adressen, wenn es mehrere Zentralen für die dasselbe Betriebssystem gibt.

§ 2 - Ferner enthält die Meldung:

1. die Identität des Verantwortlichen für die Verarbeitung,
2. die Bezeichnung der Verarbeitung unter Angabe der Art des Ortes,
3. den Zweck der Verarbeitung, nämlich "Überwachung und Kontrolle",
4. die Kategorie der Daten, die verarbeitet werden, nämlich "Aufzeichnungen von Bildern",
5. die Gesetzes- und Ordnungsgrundlage, nämlich das "Gesetz vom 21. März 2007 zur Regelung der Installation und des Einsatzes von Überwachungskameras",
6. die Art und Weise, wie über die Verarbeitung informiert wird,
7. die Kategorien von Empfängern,
8. die Sicherheitsmaßnahmen, die im Rahmen der Mitteilung der Daten an Dritte ergriffen worden sind,
9. Informationen über die Ausübung des Zugangsrechts,
10. die Frist für die Aufbewahrung der Daten,
11. die Sicherheitsmaßnahmen, die ergriffen worden sind, um Unbefugten den Zugang zu verwehren,
12. die Kategorien von Daten und das Bestimmungsland,
13. die Identität der Kontaktperson und des Unterzeichners.

Wenn die Meldung einen nicht geschlossenen Ort betrifft, enthält sie zudem jeweils das Datum der günstigen Stellungnahme des zuständigen Gemeinderates und das Datum der günstigen Stellungnahme des Korpschefs der betreffenden Polizeizone.

Wenn die Meldung einen geschlossenen Ort betrifft, enthält sie ebenfalls die Bescheinigung, wonach das Überwachungssystem den im Gesetz vom 8. Dezember 1992 festgelegten Grundsätzen entspricht, wie in den Artikeln 6 § 2 Absatz 2 und 7 § 2 Absatz 2 des Gesetzes erwähnt.

Art. 7 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Art. 8 - Unser Minister des Innern ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 2. Juli 2008

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister des Innern

P. DEWAELE

FEDERALE OVERHEIDSDIENST
SOCIALE ZEKERHEID

N. 2008 — 4174

[C - 2008/22626]

21 OKTOBER 2008. — Koninklijk besluit tot wijziging van artikel 225, § 5, van het koninklijk besluit van 3 juli 1996 tot uitvoering van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994

ALBERT II, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994, inzonderheid op artikel 93, zevende lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 3 juli 1996 tot uitvoering van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994, inzonderheid op artikel 225, § 5, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 19 mei 2006;

Gelet op de wet van 25 april 1963 betreffende het beheer van de instellingen van openbaar nut voor sociale zekerheid en sociale voorzorg, inzonderheid op artikel 15;

Gelet op de hoogdringendheid;

Gelet op de wetten op de Raad van State gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de hoogdringendheid, gemotiveerd door het feit dat de uitkeringen van sommige gerechtigden verminderd zouden worden vanaf 1 januari 2006, ingevolge de verhoging van de uitkeringen toegekend aan de samenwonende vanaf dezelfde datum; dat er reden is om de overgangsmaatregel die het negatieve effect van de verhoging van de uitkeringen afzwakt, te verlengen tot 31 december 2009; dat het bijgevolg aangewezen is dat de verzekeringsinstellingen en de sociaal verzekerden hiervan zo snel mogelijk op de hoogte worden gebracht;

Op de voordracht van Onze Minister van Sociale Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. In artikel 225, § 5, van het koninklijk besluit van 3 juli 1996 tot uitvoering van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 19 mei 2006, worden de woorden « 31 december 2008 » vervangen door de woorden « 31 december 2009 ».

Art. 2. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2009.

Art. 3. Onze Minister van Sociale Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 21 oktober 2008.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Sociale Zaken,
Mevr. L. ONKELINX

SERVICE PUBLIC FEDERAL
SECURITE SOCIALE

F. 2008 — 4174

[C - 2008/22626]

21 OCTOBRE 2008. — Arrêté royal modifiant l'article 225, § 5, de l'arrêté royal du 3 juillet 1996 portant exécution de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités coordonnée le 14 juillet 1994

ALBERT II, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités coordonnée le 14 juillet 1994, notamment l'article 93, alinéa 7;

Vu l'arrêté royal du 3 juillet 1996 portant exécution de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités coordonnée le 14 juillet 1994, notamment l'article 225, § 5, inséré par l'arrêté royal du 19 mai 2006;

Vu la loi du 25 avril 1963 sur la gestion des organismes d'intérêt public de sécurité sociale et de prévoyance sociale, notamment l'article 15;

Vu l'urgence;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence motivée par le fait que les indemnités de certains titulaires auraient été réduites à partir du 1^{er} janvier 2006, suite à l'augmentation des indemnités accordées au cohabitant à partir de la même date; qu'il y a lieu de prolonger la mesure transitoire qui neutralise cette conséquence négative de l'augmentation des indemnités, jusqu'au 31 décembre 2009; qu'il est de ce fait indiqué que les organismes assureurs et les assurés sociaux en soient informés dans le plus bref délai;

Sur la proposition de Notre Ministre des Affaires sociales,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Dans l'article 225, § 5, de l'arrêté royal du 3 juillet 1996 portant exécution de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités coordonnée le 14 juillet 1994, inséré par l'arrêté royal du 19 mai 2006, les mots « 31 décembre 2008 » sont remplacés par les mots « 31 décembre 2009 ».

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2009.

Art. 3. Notre Ministre des Affaires sociales est chargée de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 21 octobre 2008.

ALBERT

Par le Roi :

La Ministre des Affaires sociales,
Mme L. ONKELINX